



Lichtkunst in dunkler Zeit

In Rheinland-Pfalz wird es an einigen Orten leuchtend bunt. *Seite 3*

So läuft die Suche nach dem neuen Betreiber des Koblenzer Weindorfes

Interessenten im Stadtrat zu Gast. *Seite 15*

So klappt die tierische WG

Wie das Zusammenleben von Hund und Katze harmonisch wird. *Seite 9*



Kreative Gartenarbeit

Wetter macht es möglich

■ **Petersdorf.** Gartenarbeit kann durchaus kreativ sein und was fürs Auge bieten: Etwa wenn man das Laub wie hier im brandenburgischen Petersdorf unter einem Ginkgobaum in Form einer Spirale zusammenharkt. Besonders gut klappt das natürlich, wenn das Laub schön trocken ist. Das wird in den nächsten Tagen so sein. Laut dem Deutschen Wetterdienst (DWD) gibt es in den nächsten Tagen goldenes Herbstwetter. Die Temperaturen erreichen den Wetterexperten zufolge zwischen 13 und 17 Grad. *dpa*

Foto: Patrick Pleul/dpa



Strompreis für Industrie ab 2026

EU muss noch zustimmen

■ **Berlin.** Energieintensive Unternehmen in Deutschland sollen ab 2026 durch einen staatlich subventionierten Industriestrompreis entlastet werden. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) sagte in Berlin: „Ich gehe davon aus, dass wir den Industriestrompreis zum 1. Januar 2026 einführen werden.“ Reiche kündigte kurz vor dem „Stahlgipfel“ bei Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am Donnerstag eine weitere Entlastung für Unternehmen mit viel Stromverbrauch an. Dabei geht es um eine Verlängerung der sogenannten Strompreiskompensation. Die IG Metall warnte, ohne wettbewerbsfähige Energiepreise drohten Zehntausende Arbeitsplätze verloren zu gehen.

Unternehmen in Deutschland klagen seit Langem über im internationalen Vergleich hohe Strompreise. Firmen seien daher nicht wettbewerbsfähig. Ein Industriestrompreis ist seit Jahren in der politischen Debatte. Die Bundesregierung will nun handeln. Reiche sagte, man sei bei Verhandlungen mit der EU-Kommission in den letzten Zügen. Die Kommission muss zustimmen, weil es sich um eine Beihilfe handelt.

Reiche sagte bei einer Industriekonferenz mit anderen EU-Ministern zum Industriestrompreis, Haushaltsmittel sollten rückwirkend 2027 eingesetzt werden. Man habe mit der EU-Kommission vereinbart, dass Nachweise der Unternehmen, im Gegenzug für einen Industriestrompreis mehr in Effizienz zu investieren, so „bürokratiearm“ wie möglich sein sollten.

Brüssel hatte im Juni generell grünes Licht für einen Industriestrompreis gegeben. Damals hieß es, erlaubt sei ein Nachlass von bis zu 50 Prozent auf den Großhandelsstrompreis, allerdings höchstens für die Hälfte des jährlichen Stromverbrauchs einer Firma. Subventionen dürften dazu nur für maximal drei Jahre pro Unternehmen gewährt werden und müssten bis spätestens Ende 2030 auslaufen. *dpa*

Die gute Nachricht

Entflogener Papagei von Dach gerettet

Mit einer Drehleiter hat die Feuerwehr einen entflogenen Papagei vom Dach eines Hauses in Bocholt gerettet. Der bunt gefiederte Vogel war von aufmerksamen Anwohnern entdeckt worden, sie alarmierten die Feuerwehr. Gleichzeitig hatten die Eigentümer – eine Bocholter Familie – schon einen Suchaufruf in sozialen Medien gestartet. Die Feuerwehr habe sich bei der Familie gemeldet, die Besitzer kamen zu dem Haus, und zusammen mit den Feuerwehrkräften gelang es, den Papagei namens Zazu mit einer Drehleiter aus etwa neun Meter Höhe vom Dach zu holen, teilte die Feuerwehr mit. Von allein wollte der Papagei nicht hinunterfliegen. Die Besitzer bedankten sich in den sozialen Netzwerken überschwänglich bei den Einsatzkräften und den aufmerksamen Anwohnern. *dpa*

Sind Abschiebungen nach Syrien möglich?

Debatte über Aussagen von Außenminister Johann Wadephul nimmt Fahrt auf – Kritik kommt vor allem aus der Union

Von Mey Dudin mit dpa

■ **Berlin.** Manche nennen es „Scheindebatte“, andere sehen einen weiteren Richtungsstreit in der Union. Am vergangenen Donnerstag war Außenminister Johann Wadephul (CDU) in Syrien. In einem vom Bürgerkrieg verwüsteten Vorort von Damaskus äußerte er Zweifel daran, dass viele der Syrer, die nach Deutschland geflüchtet sind, rasch in ihre Heimat zurückkehren werden. Seither nimmt die Diskussion über Abschiebungen nach Syrien wieder an Fahrt auf.

Was hat Außenminister Johann Wadephul genau gesagt?

Der Minister hatte sich bestürzt über das Ausmaß an Zerstörung im Vorort Harasta geäußert und über syrische Flüchtlinge in Deutschland gesagt: „Kurzfristig können sie nicht zurückkehren.“ Er betonte dabei: „Hier können wirklich kaum Menschen richtig würdig leben.“ Noch immer sei sehr viel Infrastruktur in Syrien zerstört. „Und das wird nicht allzu viele jetzt dazu bewegen, kurzfristig diesen Schritt zu machen.“ Er unterschied zwischen in Deutschland ausgebildeten jungen Syrern und Straftätern: „Jeder, der bei uns bleibt und sich bei uns in unsere Gesellschaft einbringt, integriert arbeitet“ sei wei-

terhin willkommen. Mit Blick auf syrische Straftäter sprach der Außenminister von „ganz wenigen Ausnahmefällen“, die „natürlich“ auch durch eine Rückführung nach Syrien zu lösen seien.

Woher kommt die schärfste Kritik an den Worten Wadephuls?

Gegenwind kommt aus der Union, insbesondere der CSU. Denn Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hatte erst vor wenigen Wochen gegenüber unserer Zeitung angekündigt, noch in diesem Jahr auch nach Syrien wieder abzuschieben. „Wir wollen noch in diesem Jahr eine Vereinbarung mit Syrien treffen und dann zunächst Straftäter abschieben und später Personen ohne Aufenthaltsrecht. Dabei muss man unterscheiden zwischen Menschen, die gut integriert sind und arbeiten, und solchen ohne Anspruch auf Asyl, die von Sozialleistungen leben“, sagte er damals.

Kanzleramtschef Thorsten Frei erläuterte nun im Deutschlandfunk, wie eine schrittweise Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihr Heimatland aussehen könnte. Er sagte: „Junge Männer arabischer Herkunft, sunnitischer Konfessionszugehörigkeit“ unterlägen in Syrien „ganz sicherlich keiner Gefährdung und auch keiner Ver-

elendungsgefahr“. Er verwies darauf, dass das dem Innenministerium unterstellte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit Sommer wieder Asylanträge prüfe. Gleichzeitig räumte der Jurist ein, dass die Rückkehroption offenbar nicht für ganz Syrien gelte, sondern es „sehr ungleiche Situationen“ gebe.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion, Günter Krings, sagte der „Bild“: „Die spontane Äußerung des Bundesaußenministers wird ganz offensichtlich aus dem Zusammenhang gerissen, wenn man ihr irgendeine Relevanz für die anstehenden und notwendigen Rückführungen nach Syrien geben wollte.“ Der syrische Bürgerkrieg sei vorbei, und in weite Teile des Landes sei für die allermeisten ausgeisten Syrer eine Rückkehr zumutbar. Der Zerstörungsgrad eines Landes sei als Argument gegen eine „freiwillige oder pflichtgemäße Rückkehr“ ungeeignet, sagte Krings. „Denn wer soll ein zerstörtes Land wieder aufbauen, wenn das nicht seine eigenen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen tun?“

Was ist die Linie der Bundesregierung?

Aktuell ist man um Schadensbegrenzung bemüht und übt den Spa-

gat. Regierungssprecher Stefan Kornelius sprach bei der „Bild“ von einem Scheinkonflikt und betonte, dass die Bundesregierung an der schnellen Stabilisierung Syriens arbeite, um die Voraussetzung für die Rückkehr von Flüchtlingen zu schaffen. Gleichzeitig sei es „unzweifelhaft, dass schwere Straftäter abgeschoben werden sollen“. Auch die Sprecher von Innenministerium und Außenministerium betonten am Montag in Berlin auf wiederholte Nachfrage von Journalisten, dass es inhaltlich keinen Dissens gebe. Sie wiesen auf den Unterschied hin zwischen der freiwilligen Rückkehr, die individuell entschieden werde, und einer Rückführung – sprich: Abschiebung.

Sind Abschiebungen nach Syrien aktuell nicht möglich?

Generell kann man das so nicht sagen. Erst Ende September hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem Einzelfall entschieden, den vorübergehenden Abschiebestopp eines Syriers aufzuheben. Es ging dabei den Angaben nach um einen sunnitischen Mann, der in Österreich lebte und wegen Ladendiebstahls und Raubes inhaftiert worden war. Er hatte Familie in Syrien, war gesund, in der Lage zu arbeiten, und beherrschte die Landessprache. Das

Gericht sah es mit Blick auf die Situation in Syrien nicht als erwiesen an, dass ihm unmittelbar eine irreparable Beeinträchtigung seiner Rechte nach Artikel 2 (Recht auf Leben) und 3 (Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung) der europäischen Menschenrechtskonvention droht.

Dürfen Syrer nach Syrien reisen, um zu sehen, ob ihre Heimatorte noch stehen?

Sie riskieren jedenfalls ihren Schutzstatus, wenn sie das tun. Denn das Bundesinnenministerium hat kürzlich entschieden, sogenannte Erkundungsreisen für syrische Flüchtlinge nicht zu ermöglichen. Die ehemalige Ampelregierung hatte überlegt, solche Reisen zu erlauben, um eine mögliche Rückkehr der Menschen vorzubereiten.

Wie viele Syrer sind bislang freiwillig zurückgekehrt?

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits eine Million Syrer wieder in ihr Heimatland zurückgekehrt – vor allem aus den Nachbarländern.

Einen Kommentar lesen Sie auf Forum, Seite 5

RLP fällt als Atommüll-Endlager raus

Bundesgesellschaft legt Zwischenbericht vor – Welche Regionen jetzt noch im Rennen sind

■ **Rheinland-Pfalz/Peine.** In Rheinland-Pfalz wird es wohl kein Endlager für Atommüll geben. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sieht zuvor in Betracht gezogene Gebiete, die grob zwischen Edenkoben im Landkreis Südliche Weinstraße und Nackenheim (Landkreis Mainz-Bingen) liegen, lediglich als gering geeignet beziehungsweise ungeeignet an. Das Gebiet in Rheinland-Pfalz läge in der „Mitteldeutschen Kristallzone“. Zum Teil würde das

falsche Gestein vorkommen, das eine Endlagerung von Atommüll ausschließe.

Nach Angaben der BGE kommen insgesamt noch 25 Prozent der deutschen Landesfläche für ein mögliches Endlager infrage – im vergangenen Jahr waren es noch 44 Prozent gewesen. Die Experten sieben in einem mehrstufigen Prozess immer mehr Regionen aus. Besonders in Norddeutschland sind derzeit noch große Teile für ein späteres Endlager im Rennen. Das

liegt unter anderem daran, dass dort große Flächen noch nicht bewertet wurden. Aber auch im Süden gibt es noch mögliche Standorte.

Einige Gebiete hält die BGE aus heutiger Sicht für besonders geeignet, sie haben die bisherigen Prüfschritte überstanden. Dazu gehören zum Beispiel Regionen in Baden-Württemberg in der Nähe von Freiburg und südlich von Karlsruhe sowie mehrere Regionen nahe der tschechischen Grenze, sowohl

in Bayern als auch in Sachsen. In Hessen kommt ein Gebiet in der Nähe Mannheims infrage. Ein Teil Norddeutschlands ist auf der BGE-Karte grau, für ihn gibt es also noch keine Einstufung. Auch in Thüringen und Sachsen-Anhalt zwischen Halle und Erfurt gibt es solche möglichen Standorte sowie in Niedersachsen im Raum Braunschweig und Hannover sowie nördlich von Osnabrück. *dpa*

Mehr auf Politik, Seite 6

INHALTSVERZEICHNIS	
Wirtschaft	7/8
Leben	9
Kultur	10
TV-Programm	12
Intermezzo: Roman, Horoskop	22

DIGITALES	
www.rhein-zeitung.de	
www.facebook.com/rheinzeitung	
www.instagram.com/rheinzeitung	

WIR FÜR SIE	
Abo/Zustellung	Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen	Tel: 0261/9836 2003

